



## Protokoll des Einwohnerrats

---

XIII. Legislaturperiode 2020–2024

### 18. Sitzung vom 29. August 2022

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.01 Uhr

---

Leitung: Beatrice Büschlen (Präsidentin)

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Andrea Alt, Peter Frauchiger, Thomas Häfele, Roman Oberli,  
GR Philippe Meerwein

Bettina Benthaus (anwesend 19.30 - 21.05 Uhr)

---

Präsidentin:

  
Beatrice Büschlen

Protokoll:

  
Linda Gerstner

---

## **Begrüssung und Präsenz**

*Einwohnerratspräsidentin Beatrice Büschlen, Grüne* heisst die Anwesenden herzlich willkommen zur ersten Sitzung des Amtsjahres 2022/2023, also im 51. Jahr des Binnerer Parlaments. Sie begrüsst alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, den Gemeindepräsidenten Mike Keller und die Mitglieder des Gemeinderats, die Mitarbeitenden der Verwaltung, Linda Gerstner, die das Protokoll führt und die Abstimmungsanlage bedient, und den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger. Ebenso begrüsst sie die Vertreter der Medien und das Gemeinde TV, welches wieder Filmaufnahmen machen wird. Das Büro hat den Entscheid, Film- und Tonaufnahmen durch das Gemeinde TV zuzulassen, für das ganze Amtsjahr gefällt.

Für die Sitzung entschuldigt hat sich Gemeinderat Philippe Meerwein. Ihm wünscht die Votantin an dieser Stelle weiterhin gute Genesung. Weiter sind entschuldigt: Peter Frauchiger, Thomas Häfele, beide FDP, Andrea Alt, Mitte, und Roman Oberli, SVP. Für den Vizepräsidenten Roman Oberli, welcher landesabwesend ist, hat das Büro gemäss § 14 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats auf Vorschlag der SVP-Fraktion Hubert Steffen für die nächsten Einwohnerratsitzungen bis im Januar 2023 bestimmt. Er hat bereits neben der Präsidentin Platz genommen und wurde auch schon in seinen Aufgabenbereich eingeführt.

Die Präsidentin darf heute auch einen neuen Einwohnerrat und eine neue Einwohnerrätin begrüssen. Es handelt sich dabei um Christian Schmid Fabini, Nachfolger von Barbara Fankhauser, welcher bei der SVP sitzt und Prisca Glaser, Nachfolgerin von Andrea Schilling, von den Grünen. Sie heisst die beiden herzlich willkommen und wünscht ihnen viel Erfolg.

## **Mitteilungen der Präsidentin**

Wir befinden uns im 50. Jahr des Binnerer Parlaments. Die Votantin freut sich, dieses Jubiläumsjahr mit den Anwesenden zu feiern und zu begleiten. Sie hat sich vorgenommen, ein wenig zurückzuschauen in das erste Jahr resp. die Protokolle des ersten Parlamentsjahrs. Dort wurde zu Beginn über den Ablauf und die Organisation beraten. Die Präsidentin konnte interessante Vergleiche von dieser Zeit zu heute feststellen. Sie wird sich vor jeder Sitzung erlauben, über einige Entscheide von 1972 zu berichten. Ganz zu Beginn wurde z.B. verlangt, die Sitzungseinladungen und Unterlagen vier bis fünf Wochen vor der Sitzung zu verschicken. Die Fraktionen müssen doch genügend Zeit haben, sich vorzubereiten. Heute ist dies durchorganisiert und dank der Digitalisierung auch etwas einfacher.

Was sie ebenfalls sehr spannend fand: An der zweiten Sitzung wurde über die Höhe der Sitzungsgelder des Einwohnerrats diskutiert. Der Gemeinderat schlug vor, bei einem Budget von 25 000 Franken, Halbtagesitzungen bei 30 Franken und Ganztagesitzungen bei 60 Franken anzusetzen. Der Antrag der FDP, welche damals noch nicht derart dem Spartrieb unterworfen war, wollte einen Ansatz von 40 Franken bzw. 80 Franken. Die LDU, Landesring der Unabhängigen, gab es damals noch in Binningen. Sie beantragte, kein Sitzungsgeld zu gewähren. Man sei ja schliesslich freiwillig in die Wahl gegangen und mache die Arbeit in der Freizeit. Ein minimaler, unentgeltlicher Aufwand an Zeit für das Gemeinwesen sollte der Einwohnerrat schon von Amtes wegen leisten. Eine Lohnausfallentschädigung lehnte die LDU auch ab. Für die Militärdienstleister wurde diese nämlich noch gewährt.

Die CVP war ebenfalls im Parlament. Sie hat sich für den Antrag des Gemeinderats ausgesprochen. Die Fraktion habe aber diskutiert, ob man auf die Sitzungsgelder verzichten solle zugunsten eines guten Zwecks. Sie hat aber dann trotzdem darauf verzichtet. Die SP hat sich dem Vorschlag des Gemeinderats angeschlossen. Bemerkenswert ist der Antrag, den sie zusätzlich eingebracht hat: Das Büro möge doch einen Vorschlag ausarbeiten für eine Erwerbsausfallentschädigung unter Berücksichtigung der Schichtarbeiter sowie der Hausfrauen und Mütter unter den Ratsmitgliedern. Die Präsidentin möchte dabei nochmals an das Datum erinnern. Es war der 13. März 1972. Im Übrigen wurde auch noch über eine Busse diskutiert. Und zwar war es damals anscheinend gang und gäbe, dass man zwischendurch aus dem Rat ausgetreten ist. Wenn man es verpasst hat, rechtzeitig für die Abstimmung zurück zu sein,

sollte man 3 Franken Busse zahlen. Die Mehrheit des Rates hat aber auf diesen Vorschlag verzichtet. Wie die Anwesenden sehen, gibt es ganz spannende Geschichten aus dem ersten Jahr, also 1972. Damit kommt die Rednerin zurück in die Gegenwart.

### **Neue Vorstösse**

Nr. 128, Anfrage Th. Schwarb, Grüne/EVP: Veröffentlichung Abstimmungsinformationen Gemeinde auf der Homepage

Nr. 129, Interpellation J. Blaser, SVP: Eigenwilliger Plakatierungsprozess in Binningen

Die Anfrage wurde bereits schriftlich beantwortet. Die Antworten finden sich in der Cloud des Einwohnerrats oder auf der Webseite der Gemeinde.

### **Mitteilungen aus dem Einwohnerrats-Büro**

*Einwohnerratspräsidentin Beatrice Büschlen, Grüne* kommt zu einer weiteren Information, welche die Ratsmitglieder bereits per E-Mail erhalten haben. Es geht um die Verfügung, die im Zusammenhang mit dem Infrastrukturfondsreglement eingegangen ist. In ihren Ferien erreichte die Präsidentin ein Anruf des Rechtsdiensts, § 2 Abs. 4 sei nicht genehmigt worden, der Rest des Reglements schon. Es gebe eine Frist von 10 Tagen und was man jetzt tun solle. Sie hat empfohlen, die Frist zu verlängern. Diese wurde bis Ende August verlängert und das Büro hat gemäss dem vorliegenden Tischpapier beschlossen. Falls jemand einen anderen Antrag hat, müsste er diesen von sich aus stellen. Die Informationen liegen schon länger vor. Die Fraktionspräsidien haben sie bereits in den Sommerferien erhalten. Man hatte also Zeit. Falls niemand eine Frage hat, würde die Präsidentin weitergehen.

*Marc Schinzel, FDP* hat keine Anmerkung zum Infrastrukturfondsreglement. Er möchte anregen, dass sich die Anwesenden vor der Verabschiedung der Traktandenliste mit einem kräftigen Applaus und Aufstehen für die Leistungen, die am Eidgenössischen Schwingfest von den Binninger Schwingern Odermatt Adrian und Voggensperger Lars bedanken. Beide haben zum ersten Mal einen Eidgenössischen Kranz geschwungen, was es seines Wissens so noch nie gab. Beide Schwinger sind vom Schwingclub Binningen. Er fände es daher schön, wenn sich alle erheben und ganz herzlich für die tolle Leistung bedanken würden.

Die Präsidentin unterstützt den Vorschlag. Sie wäre auch noch dazu gekommen.

*[Applaus und Standing-Ovation für die Leistungen der Binninger Schwinger am ESAF]*

Bevor die Präsidentin nun zur Traktandenliste kommt, wird eine Testabstimmung durchgeführt. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

### **Traktandenliste**

*Einwohnerratspräsidentin Beatrice Büschlen, Grüne* liegt ein Antrag der SVP vor. Da Roman Oberli abwesend ist, beantragt die Fraktion, Traktandum 10 abzusetzen.

*Konrad Widmer, SVP* erläutert, es scheint der SVP einfach sinnvoll, das Traktandum zu verschieben, weil A.) es nicht so dringend ist und B.) Roman Oberli, der Antragsteller, nicht anwesend ist.

*Simone Abt, SP* möchte insofern dagegenhalten, als dass der Rat bei diesem Traktandum über die Dringlichkeit abgestimmt hat. Es ist nicht ganz kohärent, wenn man dies nun so auseinanderreisst. Wenn es nach ihrer sachlichen Meinung geht, dann eilt es für sie auch nicht. Aber wenn man in der Sache, es hängt ja nicht von der Person ab, weiterkommen wollte, dann müsste man es auf der Traktandenliste belassen und behandeln. Sie ist überzeugt, dass das, was Roman Oberli gesagt hätte, auch von seiner

Fraktion geäußert werden könnte. Es gibt die Komponente persönlicher Vorstoss. Das versteht sie. Die Frage ist ganz einfach: Was hat es mit der Dringlichkeit auf sich? War dies nur, weil man im Moment gerade etwas im Zug war oder ist es effektiv wichtig? Dann müsste man es behandeln.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## ABSTIMMUNG

Änderung Traktandenliste: 21 JA / 11 NEIN / 4 Enthaltungen (Abstimmung 02, vgl. Anhang)

://: Folgendes Traktandum wird abgesetzt:

- Traktandum 10: Motion R. Oberli, SVP: Themen öffentlichen Interessens in den Einwohner-  
rat, Gesch. Nr. 105

---

://: Die angepasste Traktandenliste wird gutgeheissen.

---

	Gesch. Nr.
1. <b>Genehmigung des Protokolls vom 27. Juni 2022</b>	
2. <b>Ersatzwahl Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission</b> für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2024	<b>124</b>
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 5. Juli 2022 <b>Teilzonenplan Zentrum, Teilgebiet Weihermatten</b> Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	<b>125</b>
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9. August 2022 <b>Energiestrategie, Berichterstattung 2018 bis 2021</b> Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	<b>126</b>
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9. August 2022 <b>Mutation Bau- und Strassenlinienplan «Ob dem Hügliacker»</b> Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	<b>127</b>
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26. April 2022 <b>Postulat R. Büchelin, SP: Kein Bahnanschluss an den EuroAirport</b> Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	<b>118/XII</b>
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26. April 2022 <b>Postulat D. Zimmermann, FDP: Defibrillator - frei zugänglich</b> Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	<b>101</b>
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24. Mai 2022 <b>Motion S. Inäbnit, FDP: Tempo 30 in Binningen - nur mit Zustimmung des Einwohnerrats</b> Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	<b>106</b>

- |     |                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |            |
|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| 9.  | Bericht des Gemeinderats vom 24. Mai 2022<br><b>Interpellation D. Zimmermann, FDP: Hauptstrasse - Tempo30: Wie geht es weiter?</b><br>Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi                                                                                                                  | <b>100</b> |
| 10. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10. Mai 2022<br><b>Postulat K. Glaser, Grüne: Einführen einer Kunststoff-/Plastiksammlung</b><br>Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi                                                                                                                 | <b>57</b>  |
| 11. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 5. Juli 2022<br><b>Interpellation S. Abt, SP: Auswirkung der bereits umgesetzten Steuerreform SV17 und der geplanten Vermögens- und Einkommenssteuerreformen im Kanton Baselland auf die Gemeindefinanzen</b><br>Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti | <b>111</b> |
| 12. | Diversa                                                                                                                                                                                                                                                                                         |            |

## Traktandum 1

---

### Genehmigung des Protokolls vom 27. Juni 2022

Präsidentin Beatrice Büschlen, Grüne informiert, beim Einwohnerrats-Büro seien keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen.

Es gibt keine Wortmeldungen aus dem Plenum.

#### BESCHLUSS

---

://: Das Protokoll wird genehmigt.

---

## Traktandum 2

Gesch. Nr. 124

### Ersatzwahl Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

Einwohnerratspräsidentin Beatrice Büschlen, Grüne äussert, bei Traktandum 2 gehe es um die Wahl eines ordentlichen Mitglieds und eines Ersatzmitglieds der GRPK. Gemäss § 49 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats wird eine Stille Wahl durchgeführt, wenn keine weiteren Kandidierenden vorgeschlagen werden. Die SVP schlägt als ordentliches GRPK-Mitglied Christian Schmid Fabini vor und als stellvertretendes Mitglied Stephan Siegel. Möchte die Fraktion noch etwas ergänzen?

Stephan Siegel, SVP stellt Christian Schmid gerne vor. Christian Schmid ist Finanz- und Vorsorgeexperte. Beruflich ist er in der Privatwirtschaft tätig bei einem internationalen Versicherungskonzern. Er ist ausgebildeter Ökonom der Universität Basel, langjähriges Parteimitglied der SVP, Präsident der Organisation für gesunde Finanzen Binningen und ist aufgewachsen in Uruguay und Binningen.

Auf die Vorstellung von Stephan Siegel wird verzichtet, da ihn alle Anwesenden kennen. Da es keine weiteren Kandidierenden gibt, sind Stille Wahlen möglich.

#### BESCHLUSS

---

://: 1. Christian Schmid Fabini, SVP wird für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2024 als Mitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

://: 2. Stephan Siegel, SVP wird für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2024 als stellvertretendes Mitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

---

## Traktandum 3

Gesch. Nr. 125

### Teilzonenplan Zentrum, Teilgebiet Weihermatten

Die Präsidentin teilt zu Beginn mit, dass Urs Hauri bei der Abstimmung zu diesem Geschäft in den Ausstand treten wird. Während der Beratung wird er aber an seinem Platz bleiben.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG

*Thomas Hafner, Mitte/GLP* bedankt sich namens der Mitte/GLP beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Der Gemeinderat schreibt in seinem Bericht, dass das in den 90er Jahren entwickelte Bebauungskonzept nicht mehr zeitgemäss sei. Die rechtskräftigen Teilzonenvorschriften lassen betreffend Bebauung keine Flexibilität zu. Das Planungsgebiet ist baulich unternutzt. Der grüne Charakter des Planungsareals soll erhalten bleiben. Aus diesem Grund soll die Bebauung entlang einer Erschliessungsstrasse konzentriert werden und entlang des Birsigs soll ein zusammenhängender Grünraum entstehen. Die Gemeinde treibt die Realisierung des Birsig-Uferwegs und der Fusswegquerverbindung zur Amerikanerstrasse in Koordination mit der Grundeigentümerschaft und dem Kanton voran.

Was heisst dies genau? Auf nachfolgende Fragen möchte die Fraktion vom Gemeinderat gerne Antworten. In der Büro-Sitzung wollte der Votant eigentlich auf die inhaltlichen Themen eingehen. Die Rückantwort auf seine Anfrage, die er, wie man ihm empfohlen hat, am Freitagmorgen auf der Verwaltung gemacht hat, steht noch aus. Frage 1: Das Planungsgebiet ist baulich unternutzt. Stehen beabsichtigte Bauvorhaben an? Frage 2: Gemäss Teilzonenplan ist die Zone für Öffentliche Werke und Anlagen mit der Zweckbestimmung «Fussweg mit Grünanlagen» eingezeichnet. In der Fortsetzung bachabwärts ist der Birsig «eingedolt». Der Fussweg ist heute nicht durchgehend. Nun zur Frage: Sind anschliessend Enteignungen in diesem Teilabschnitt möglich und vor allem auch geplant? Frage 3: Hat man die betroffenen Grundeigentümer davor direkt mit einem Brief angeschrieben?

Der Votant bittet die Anwesenden darum, noch einige Gedanken aussprechen zu dürfen. Wenn man mit Start bei der Schlossgasse die Amerikanerstrasse hinunter spaziert, ist die rechte Seite heute noch sehr wenig bebaut. Das ist ja grundsätzlich auch schön. Es sind zurzeit noch unverbaute Grünflächen vorhanden, ohne alle Grundstücke mit der gesamten Bebauungsziffer zu verdichten. Eine komplette Verdichtung hat ja auch ihre Schattenseiten. Grundsätzlich anerkennt die Mitte/GLP das Privateigentum aller Personen. Es wäre nicht im Sinn der Fraktion, wenn Enteignungen aufgrund der heutigen Zustimmung zum Zonenplan stattfinden würden. Er bittet den Gemeinderat, die erwähnten Fragen zu beantworten. Die Mitte/GLP wird dem Antrag des Gemeinderats voraussichtlich zustimmen.

*Lewin Lempert, SP* findet, sein Vorredner habe die Vorlage bereits gut zusammengefasst. Er wird dazu daher nicht mehr viel sagen. Zu Beginn möchte er dem geschäftskreisführenden Gemeinderat Philippe Meerwein danken, der heute leider krankheitsbedingt nicht anwesend sein kann. Grundsätzlich teilt die SP die Idee der Ermöglichung einer Siedlungsentwicklung, gerade auch im Zentrum von Binningen. Insbesondere finden sie auch den geplanten Uferweg und die geplante Fussgängerverbindung vom Birsig zur Amerikanerstrasse sinnvoll. Was sich die Fraktion beim Geschäft gefragt hat, wobei er vorausschicken kann, dass sie auf einen Antrag verzichten wird, aber es ist ihm doch wichtig, dies zu erwähnen: Gerade im Zentrum von Binningen ist es aus Sicht der SP wichtig, dass nicht noch mehr sehr teure Wohnungen gebaut werden. Speziell für junge Familien und Menschen mit nicht so viel Geld ist der bezahlbare Wohnraum in dieser Gemeinde sehr knapp. Die Fraktion würde sich daher wünschen, dass in Zukunft auch bei einer Teilzonenplanänderung, z.B. Auflagen für genossenschaftliches Bauen zumindest geprüft und vielleicht auch einmal gemacht werden. Das könnte man ja im Teilzonenreglement so festlegen. Nichtsdestotrotz, der Redner hat es bereits erwähnt, empfiehlt die SP die Vorlage zur Annahme.

*Daniel Zimmermann, FDP* teilt mit, die FDP nehme das Geschäft mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis. Letztlich aus diesen Grund, da es seit sehr langer Zeit – es war ein längerer Planungsprozess, das kann man nachlesen – in der raumplanerischen Pendeuz der Gemeinde noch ein Flecken war, der seit Längstem hätte abgeschlossen werden sollen. Ihrer Ansicht nach ist es bei der vorliegenden Teilzonenplanung Siedlung gelungen, eine gewisse Planungssicherheit zu erhalten entlang des Birsigs, welcher

letztlich auch ein sehr wertvoller Bereich für die Naherholung der Öffentlichkeit ist. Gleichzeitig hat man der Umgebungssiedlungsbebauung mit den beiden Wohn- und Geschäftszonen Rechnung getragen, so dass sich das Gebiet auch in einem sinnvollen Rahmen weiterentwickeln kann. Nach Meinung der FDP war es eine gute Gelegenheit, mit den Landeigentümern und den geplanten oder bereits vollzogenen Parzellierungen diese Chance nun zu nutzen, um den Teilzonenplan dem Parlament vorzulegen. Die Fraktion spricht sich für das Geschäft aus.

*Peter Bertschi, Grüne/EVP* legt dar, die Grüne/EVP stimme der vorgeschlagenen Revision des Teilzonenplans Zentrum bzw. Weihermatten zu. Die Fraktion begrüsst insbesondere den Erhalt der Grünzonen, die sie auch aus ökologischer Sicht sehr wertvoll finden. Für sie fehlt aber generell ein Gesamtkonzept für Binningen, wie man die Grünzonen innerhalb der Gemeinde für die Zukunft erhalten kann. Sie sind auch nicht so begeistert, dass z.B. Gebäude, die den Minergie-Standard erfüllen, dichter verbaut werden können, dass man also die Grundstücke insgesamt mehr bebauen kann. Die Grüne/EVP wünscht sich ein Gesamtkonzept für alle zukünftigen Zonenpläne und eine Grundsatzdiskussion im Einwohnerrat bzgl. der Bebauungsziffer.

*Brigitte Strondl, SP* hat sich sehr gefreut, dass ein Naturinventar erstellt und von den vielen Bäumen vier ausgewählt wurden, um sie zu schützen. Dies obwohl es in Binningen kein Baumschutzgesetz gibt.

*Daniel Zimmermann, FDP* möchte einen Ordnungsantrag stellen. Er kann der Diskussion im Saal nicht folgen, da er schlichtweg nichts hört. Mit der Akustikanlage scheint momentan etwas nicht in Ordnung zu sein. Der Redner hat von der linken Ratsseite kein Wort gehört und umgekehrt scheint es genauso. Er schlägt daher vor, eine kurze Unterbrechung zu machen, um die Technik in Ordnung zu bringen. Es ist momentan nicht zu diskutieren.

*[Die Sitzung wird einige Minuten unterbrochen.]*

*Gemeindepräsident Mike Keller, FDP* bedankt sich für die wohlwollende Aufnahme dieses Teilzonenplans. Er kann verstehen, dass verschiedene Gedanken und Fragen im Raum stehen und wird versuchen, diese möglichst vollständig aufzuarbeiten. Es gab eine Frage, ob Bauvorhaben in diesem Gebiet anstehen. Ja, es gibt verschiedene Bauvorhaben und Projekte, die man gerne realisieren möchte. Man wartet nun mit Spannung ab, wie dieser Teilzonenplan verabschiedet wird. Frage 2: Sind Enteignungen vorgesehen im Zusammenhang mit dem Weg und der Grünzone? Nein. Es gibt in keiner Art und Weise Enteignungen. Durch intensive und mehrjährige Gespräche mit den entsprechenden Parzelleneigentümern ist es gelungen, eine Lösung zu finden, um diesen Weg durchgängig zu machen und v.a. auch wie ange-dacht und wie auf den Zeichnungen umzusetzen. Es wurde in diesem Zusammenhang auch gefragt, ob man mit den Grundstückeigentümern direkt geredet oder geschrieben hat. Ja, man war mit ihnen über mehrere Jahre an verschiedenen Sitzungen an einem Tisch und hat schlussendlich eine gemeinsame Lösung gefunden. Auch die Frage, ob die Eigentümer grundsätzlich involviert waren, kann der Votant mit «Ja» beantworten. Dies konnte man auch den Beilagen zum Einwohnerratsgeschäft entnehmen. Dort wurde der freiwillige Partizipationsprozess dokumentiert. Die Ratsmitglieder sehen die Fragen der Eigentümer und Anwohner und auch, wie der Gemeinderat damit umgegangen ist.

Es wurde der Gedanke bzgl. der teuren Wohnungen geäußert und einer Prüfung, ob man in einem Teilzonenplan eine Vorgabe für genossenschaftliches Bauen aufnehmen kann. Der Gemeindepräsident kann die Gedanken verstehen und kann auf der anderen Seite aber auch nachvollziehen, wieso dieser Umstand in Binningen so ausgeprägt ist. Es hat nicht zuletzt mit sehr hohen Bodenpreisen, mit dem Bodenpreismarkt in Binningen zu tun. Wenn natürlich die Bodenpreise derart hoch sind, ist es eine einfache Rechnung, dass die Wohnungen nachher auch nicht günstig werden. Aus diesem Grund werden v.a. an den beiden Plateaus mehrheitlich Eigentumswohnungen angeboten. Es gibt in Binningen ein Angebot und eine Nachfrage. Wenn man sich so umschaute, dann gibt es nicht viele freie Eigentumswohnungen. Es gibt viele Personen, die dies suchen und die Preise anscheinend auch bezahlen können.



Damit man aber trotzdem eine Durchmischung der Bevölkerung hinbekommt und am Schluss nicht nur für die Topverdiener ein Zuhause bieten kann, ist es natürlich eine sinnvolle und interessante Idee, auch das genossenschaftliche Bauen oder das subventionierte Wohnungsangebot im Auge zu behalten. Wenn man mit privaten Eigentümern redet, ist es ein Wunsch, den man in dieser Hinsicht einbringen kann, oder es kann im Zusammenhang mit einem Geben und Nehmen realisiert werden. Die Anwesenden mögen sich vielleicht noch daran erinnern, als es um die Neugestaltung des Stammareals ging. Dort konnten solche Möglichkeiten mit dem damaligen Eigentümer, der Firma Stamm, vereinbart werden. So mussten sie beim Verkauf dieses Grundstücks entsprechende Auflagen berücksichtigen. Wenn die Gemeinde in einem Teilzonenplan, einer Grundlage, die grundsätzlich die Anforderungen an die Zonen definiert, einem Privaten das genossenschaftliche Bauen auferlegt, dann ist dies auf Anhieb nicht ganz so einfach. Er wird den Input aber auf jeden Fall mitnehmen, sodass der Gemeinderat diesen in den vertieften Überlegungen noch anschauen kann. Der Gemeinderat hat in seiner Strategie für die ganzen Immobilien bereits definiert, dass man es angehen möchte, v.a. mit Grossgrundbesitzern entsprechende Lösungen zu suchen.

Dann kam die Frage oder der Input, dass es in Binningen eigentlich keinen Gesamtplan gibt, der die Erhaltung der Grünflächen sicherstellt. Die Gemeinde hat verschiedenen Grundlagen im Rahmen der Zonen- und Quartierdokumentation. Es gibt auch übergeordnete Grundlagen, bei denen für das ganze Leimental entsprechende Definitionen gemacht wurden. Es ist aber nirgends eine eigene Rubrik für die Erhaltung von Grünflächen oder Grünzonen vorliegend. Der Gemeinderat sieht es aber als politischen Auftrag, dass er sich um die entsprechende Ausgewogenheit kümmert. Wenn Binningen eine attraktive Gemeinde bleiben möchte und mit den Erkenntnissen, dass es mit der Klimaerwärmung sehr wichtig ist, dass man Grünflächen und v.a. auch Bäume hat und wenn man auch dem Erscheinungsbild der Gemeinde Sorge tragen will, dann sind Grünflächen ein zentraler Punkt und gehören in jede Planung. Die Anwesenden mögen sich vielleicht erinnern: Bei der unteren Hauptstrasse, beim Teilgebiet Nordwest, verabschiedete der Einwohnerrat ebenfalls den Teilzonenplan. Eine Liegenschaft, die der Gemeinde gehört, wurde nicht für die Bebauung genutzt, sondern sie kam weg und diente einer Grünfläche im Innenhof, damit es dort ansprechend ist und für die Natur und die Umwelt ein Beitrag geleistet wird. Mit der Ausnutzungsziffer wurde ein weiterer Punkt erwähnt. Der Votant denkt, dass dieses Thema in den entsprechenden Vorschriften abgehandelt wurde. Sei es in den Reglementen oder jeweils auch in den Zonenplänen. Wenn es um eine übergeordnete, grundsätzliche Diskussion geht, ist es sicher ein passendes Thema, das man bei der nächsten Revision einbringen kann.

#### ABSTIMMUNG

Einstimmig JA (Abstimmung 03)

#### BESCHLUSS

---

://: Der Einwohnerrat beschliesst die Planung «Teilzonenplan Zentrum, Teilgebiet Weihermatten» bestehend aus dem Teilzonenplan, dem dazugehörigen Reglement, dem Bau- und Strassenlinienplan sowie dem Strassennetzplan und dem Planungsbericht.

---

#### Traktandum 4

Gesch. Nr. 126

#### Energiestrategie, Berichterstattung 2018 bis 2021

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

*Sirin Hauri, Grüne/EVP* dankt dem Gemeinderat namens der Grünen/EVP für die Berichterstattung zur Energiestrategie und den Massnahmenplan. Sie sehen, dass Vieles vorausschauend geplant worden ist. Trotzdem hat sich die Fraktion zu einer unzufriedenen Stellungnahme entschieden. Sie nimmt den Bericht unzufrieden zur Kenntnis. Unzufrieden vor allem deswegen: Es ist zu wenig. Das Ziel eines Abbaus des Energiebedarfs um 15 Prozent wurde um über die Hälfte verfehlt. Konkret: Zu wenig Gebäude werden saniert und erneuerbar beheizt. Zu wenig Photovoltaikanlagen sind auf den Dächern. Zu wenig Elektro-Ladestationen sind vorhanden. Die Grünen/EVP haben folgende Fragen an den Gemeinderat: Kann der Rückstand mit den geplanten Massnahmen aufgeholt werden? Braucht es noch Unterstützung durch die Legislative? Sie haben gesehen, dass eine Erhöhung der Stellenprozente gewünscht wird. Reichen Informationen und Anreizsysteme, um die Ziele zu erreichen? Die Fraktion weiss, dass nicht alles in der Hand der Gemeinde liegt. Sie schätzen das Erreichte, aber sie erwarten mehr.

*Rahel Amacker, Mitte/GLP* teilt mit, die Mitte/GLP bedankt sich beim Gemeinderat für die Berichterstattung über die Aktivitäten der Gemeinde im Rahmen der Energiestrategie und nimmt den Bericht zur Kenntnis. Das Ziel des Ausstiegs aus den fossilen Energien bis 2050 mag ein ambitioniertes Ziel sein. Aber wenn der Wille da ist, ist es mit den geeigneten Massnahmen möglich. Für die Planung und Umsetzung der Massnahmen sind richtige Grundlagen notwendig. Deswegen unterstützt die Fraktion das Vorhaben des Gemeinderats, möglichst rasch die Energiestrategie zu überarbeiten. Vor allem im Bereich des Gebäudeparks Binningens und den erneuerbaren Energien sollten Anpassungen vorgenommen werden. Wie an ganz vielen Orten in der Schweiz existiert auch in Binningen ein enormes Potenzial für die Nutzung von erneuerbaren Energien u.a. für die Wärmeversorgung v.a. durch Erdwärme, Umgebungsluft und Solarenergie. Für die Wärmeversorgung unserer Gemeinde kamen 2016 aber nur 10 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen, hingegen 50 Prozent aus Erdgas- und 24 Prozent aus Heizölquellen. Hier bietet sich ein grosses Potenzial zur Reduktion der Treibhausgase. Ein Potenzial, das endlich konsequent genutzt werden sollte.

Die Erreichung der Klimaziele liegt zu einem grossen Teil im Ersatz von Erdöl und Erdgas. Hier bietet sich auch auf kommunaler Ebene Handlungsspielraum. Die Mitte/GLP fordert den Gemeinderat auf, die Verantwortung mit griffigen und gut aufeinander abgestimmten Massnahmen wahrzunehmen. Planungsinstrumente sind sinnvoll als Grundlage für die Vorbereitung und Umsetzung von geeigneten Massnahmen. Die Fraktion ist gespannt auf die Einführung eines Energie-Monitorings mit Energiebilanz und Indikatoren. Einige Planungsinstrumente sind bereits vorhanden. Geoplan bspw. ist ein gutes Instrument betreffend Wärmeversorgung. Instrumente alleine reichen aber oftmals nicht, um eine Veränderung zu erreichen. Es ist daher zentral, dass bei Energiethemen aktiv auf die Bevölkerung zugegangen wird. Allgemein ist in Binningen schon ein gutes Kommunikationsangebot vorhanden. So finden bspw. Info-Anlässe zum Thema «Erneuerbares Heizen» statt. Die Mitte/GLP sieht aber eine grosse Chance darin, die eher einseitig laufende Kommunikation in einen wirklichen Dialog mit der Bevölkerung zu verwandeln. Man sollte sich mit der Frage beschäftigen: Wie kann die Binninger Bevölkerung aktiv in die Energiewende miteinbezogen werden? Neue Ideen, Konzepte und partizipative Prozesse können daraus entstehen. Die Fraktion ist gespannt auf die weiteren Entwicklungen.

Die Votantin bittet die Anwesenden, ihr zum Schluss noch einige Worte zur sehr aktuellen Debatte zur Energieversorgung und Versorgungssicherheit zu erlauben. Die gegenwärtige Situation zeigt, wie wichtig es ist, dass die Energieversorgung nicht zu stark von einer Quelle und auch nicht vom Ausland abhängig ist. Dazu bedarf es einem ausgewogenen Mix von einheimischen, erneuerbaren Energien. Aber auch beim Energiesparen bspw. bei den Haushalten muss vorwärts gemacht werden. Die Reduktion des Binninger Energiebedarfs von 6,2 Prozent im Zeitraum von 2012 bis 2018 ist hier zu wenig. Die umfassende Forschung und diverse Vorzeigeprojekte im In- und Ausland zeigen klar, dass die Energiewende möglich ist. Dazu braucht es aber den Willen von Politik, Wirtschaft und der Bevölkerung.

*Christian Schmid Fabini, SVP* informiert, die SVP Binningen nimmt den Bericht zur Kenntnis. Sie sind erfreut, dass es eine Reduktion pro Kopf gab. Man sollte aber auch nicht vergessen, dass die Zahlen schon mehr als drei Jahre zurückliegen. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Konsum in der Coronapandemie weiter gesunken ist, was sicher erfreulich ist. In Anbetracht der massiv steigenden Energiepreise muss man schauen, dass dem Bürger Sorge getragen wird und man nicht weiter Steuern erhöht und Abgaben erhebt. Die SVP wird sich entschlossen dafür einsetzen, dass es nicht zu weiteren Steuererhöhungen und neuen Abgaben kommt.

*Karin Müller, SP* äussert, die SP dankt für den Bericht und nimmt ihn zur Kenntnis. Die Fraktion kann die geplanten Massnahmen und Anpassungen nachvollziehen. Es leuchtet ein, dass die Energiestrategie samt Massnahmen angepasst werden muss. Denn das Ziel wurde ehrgeiziger, wenn man bis im Jahr 2050 aus der fossilen Energie aussteigen möchte. Diesen Ausstieg begrüsst die SP sowie ein gutes Energie-Monitoring. Das ist wichtig. Es ist auch gut, dass man in den Verhandlungen mit der Primeo Energie endlich etwas weitergekommen ist. So ist der Anteil der erneuerbaren Wärme im Wärmeverbund mit dem Betreiber der Pellet-Heizanlage im Spiegelfeld mittlerweile auf 35 Prozent gestiegen und es ist geplant, diesen Anteil bis 2035 auf 70 Prozent zu steigern. Weniger schön ist, dass der Energieverbrauch in Binningen nur um 6,2 Prozent abgenommen hat seit der Umsetzung der Energiestrategie. Das ist deutlich unter den Zielen der 2000Watt-Gesellschaft. Die Reduktion sollte in diesem Zeitraum bei 50 Prozent liegen. Das ist dem Gemeinderat bewusst.

Auch das Ziel, den Wärmebedarf bei den gemeindeeigenen Liegenschaften bis 2025 um 20 Prozent zu reduzieren, ist offenbar nicht erreichbar. Ein Grund ist, dass die Gemeinde ihre eigenen Liegenschaften bis jetzt nicht energetisch umfassend saniert hat. Diese Investitionen sollte man so bald wie möglich angehen. In diesem Zusammenhang begrüsst die Fraktion Anreize für Private, wie ein Ausnutzungsbonus von 10 Prozent, wenn man die Kennzahl vom MinergieP-Standard erreicht. Das schlägt der Gemeinderat ja nun in der Teilzonenplanung Zentrum vor. Die SP schliesst aus diesen Entwicklungen, dass die Energie deutlich teurer werden muss. Das wird nun wahrscheinlich der Fall sein als Folge des Ukraine-Kriegs. Auch die Gasrückzugstrategie wird in diesem Zusammenhang interessant. Was passiert diesen Winter, wenn die angedrohte Energieknappheit tatsächlich eintritt? Daher ihre Frage an den Gemeinderat: Plant der Gemeinderat im Hinblick auf den Winter Massnahmen und wenn ja, welche? Ihr Fazit – ironischerweise mit einem alten Werbeslogan von ESSO – zum Bericht lautet: «Es gibt noch viel zu tun. Packen wir es an.»

*Claudia Fünfschilling, FDP* legt dar, auch die FDP dankt für den Bericht und nimmt ihn zur Kenntnis. Er ist sehr umfangreich und die Fraktion möchte insbesondere auf einen Punkt eingehen. Der Bericht zeigt, dass die ambitionierten Ziele bei weitem nicht erreicht wurden und auch die, die für die Zukunft angepeilt werden, scheinen noch ziemlich weit entfernt. Wie im Bericht steht, ist in Binningen eine Redimensionierung des Gasnetzes nötig, damit man die Abhängigkeit von fossilen Energie überhaupt erreichen kann. Das scheint der Fraktion in Binningen nur erreichbar, mit einem massiven Ausbau von Anschlüssen an die zentrale Wärmeversorgung, denn andere, alternative Möglichkeiten sind nicht in allen Liegenschaften in diesem Zeitraum umsetzbar. Hier weiss man ja, es hapert bekanntlich noch etwas. Die FDP hofft, dass der Gemeinderat es in den nächsten Jahren schafft darauf hinzuwirken, dass die Fernwärme ausgebaut und auch auf weitere Quartiere, und nicht nur auf die Talsohle, ausgedehnt werden kann. Nach Ansicht der Fraktion zeigt der Bericht insgesamt halt auch, dass der Spielraum der Gemeinde im Bereich der Energieversorgung leider nicht sehr gross ist, da sehr viel Abhängigkeiten bestehen. Sei es von Bund, Kanton aber auch von der globalen Ökonomie und der geopolitischen Lage.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* bedankt sich für die Rückmeldungen. Es ist eine Kenntnisnahme, daher möchte sie selbst nicht allzu lange werden, aber doch die gestellten Fragen beantworten und einige Informationen geben. Die Vertreterin der Grünen/EVP hat es erwähnt. Vieles liegt nicht in den Händen des Gemeinderats. Das ist leider so. Die Anreizsysteme sind vorhanden. Offensichtlich sind sie bei vielen Privaten immer noch zu wenig, um bei einer Gesamtanierung noch eine PV-Anlage auf das Dach

zu machen. Oder es wird beim Ersatz einer Ölheizung nochmal schnell eine Ölheizung installiert, bevor dann allenfalls ein Verbot kommt. Das sind Sachen, auf die die Gemeinde keinen Einfluss hat. Es wird informiert, aber letztlich kann den Leuten nicht verboten werden, was sie in und auf ihren eigenen Häusern machen. Ob man dies mit noch mehr Kommunikation / Dialog erreicht, daran wird gearbeitet. Ob es letztlich daran scheitert, ist schwierig zu beurteilen. Die Frage war, ob der Rückstand aufholbar ist. Die zuständige Gemeinderätin fände es ehrlich gesagt vermessen, dies zu beurteilen. Dafür ist sie zu wenig Fachperson. Man wird sicher am Ziel arbeiten, den Rückstand aufzuholen. Aber wie vorhin erwähnt, ist man dafür auch auf die Privaten angewiesen, die dabei mitmachen.

Der Gemeinderat wird im Rahmen der Überarbeitung der Energiestrategie, die die Anwesenden erfreulicherweise alle befürworten, die Anreizsysteme und natürlich die Information überprüfen und schauen, ob man dort das eine oder andere justieren muss. Bei den Anreizsystemen besteht halt immer das Problem, dass man die Schwelleneffekte vermeiden möchte. Die, die es sowieso machen möchten und es sich leisten können, muss man nicht unbedingt noch mit wahnsinnig viel Geld ködern. Das ist immer ein gewisser Grenzbereich. Dass die SVP keine Steuererhöhungen aus diesem Grund wünscht, findet die Votantin erfreulich. Sie standen auch nicht zur Diskussion. Insofern ist man sich hier relativ einig. Die Frage war noch, ob Massnahmen für den Winter geplant sind, gerade im Zusammenhang mit der Energiekrise. Hier kann sie sagen, im gesamten Leimental versuchen alle Abteilungen der Gemeinden und die zuständigen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sich zu überlegen, was sinnvolle Massnahmen sind, die man notabene auf kommunaler Ebene vorschlagen resp. anordnen kann und wenn ja, wie man sie anordnen kann, damit man auch ein einheitliches Vorgehen hat. Nicht dass man in Bottmingen die Schaufenster abstellen muss und in Binningen darf man sie anlassen etc. Es wird geprüft, was man machen kann. Ergebnisse liegen noch keine vor. Es wäre auch vermessen, wenn man schon weiter wäre, als Bund und Kanton. Aber man ist sicher daran, dies zu überprüfen.

Ein letzter Hinweis noch im Zusammenhang mit dem Wärmeverbund: Mit der Birsigwassernutzung / Abwärmewassernutzung wird der Anteil an erneuerbarer Energie zusätzlich gesteigert. Das wird demnächst in Betrieb gehen. Zu Anschlüssen von weiteren Quartieren an den Wärmeverbund hat die Gemeinde jüngst von Primeo und IWB zusammen insofern eine abschlägige Antwort erhalten, als dass Anschlüsse von Einfamilienhäusern sind nicht rentieren und sie diese auch nicht anbieten werden. Die Leitungen sind zu teuer. Der Preis, den sie für die Energie verlangen müssten, wäre zu hoch, als dass irgendjemand den Anschluss finanzieren würde. Dort, wo es Mehrfamilienhäuser sind, gibt es selbstverständlich Möglichkeiten. Aber bei Einfamilienhäusern sieht es relativ schlecht aus. Das heisst, man wird in den ganzen Einfamilienhaus-Quartieren andere Lösungen finden als den Ausbau des Wärmenetzes. Das ist die Rückmeldung der beiden Energiedienstleister zusammen. Wenn sie nicht bereit sind, in Vorleistung zu gehen und nachher auch die Preise zurückverlangen können, die sie wollen, dann sind dem Gemeinderat die Hände gebunden. Dies einfach als eine relativ aktuelle Rückmeldung zum Thema «Wärmeverbund». Alles andere nimmt die Votantin sehr gerne mit und der Gemeinderat wird es bei der Überarbeitung der Energiestrategie gerne berücksichtigen.

## BESCHLUSS

---

://: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht über die Aktivitäten der Gemeinde im Rahmen der Energiestrategie zur Kenntnis.

Die Berichterstattung erfolgt wiederkehrend alle zwei Jahre, abwechselnd mit einem Zwischenbericht und einem ausführlicheren Bericht, nächstes Mal im 2024 für die Vorjahre.

---

**Mutation Bau- und Strassenlinienplan «Ob dem Hügliacker»**

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG

*Brigitte Strondl, SP* legt dar, ihre Fraktion erachte es als sinnvoll, dass der Bau- und Strassenlinienplan dort, wo der Narzissenweg auf die Strasse «Ob dem Hügliacker» trifft, den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst wird. Während der öffentlichen Mitwirkung wurden keine Eingaben gemacht, somit wird die SP dieser Mutation zustimmen.

## ABSTIMMUNG

Einstimmig JA (Abstimmung 04)

## BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst die Mutation «Narzissenweg» am Bau- und Strassenlinienplan «Ob dem Hügliacker» gemäss den beiliegenden Planungsunterlagen.

---

## Traktandum 6

## Nr. 118/XII

**Postulat R. Büchelin, SP: Kein Bahnanschluss an den EuroAirport**

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG

*Ralph Büchelin, SP* führt aus, das Postulat stamme vom Dezember 2018, als der Flughafen ständig steigende Passagierzahlen ausgewiesen hat. Diese sind nach Corona auch wieder zunehmend, aber noch lange nicht auf dem Niveau von 2019. In einem Interview kürzlich in der BAZ sagte der Flughafen-Direktor Matthias Suhr, er sehe Grenzen bei der Fliegerei und meinte sogar: «The party is over.». Über den Bahnanschluss hat er sich jedoch nicht geäussert. Aber die aktuellen weltweiten Entwicklungen mit Pandemie, Rezession, Energiekrise, wirtschaftlichen Unsicherheiten etc. setzen hinter eine so grosse Investition von 300 Mio. Franken Fragezeichen. Flughafen-Direktor Matthias Suhr hat ebenfalls gesagt, dass die vielen Autofahrten zum Flughafen das Klima belasten. Aber die E-Mobilität schreitet vorwärts, was den Bahnverkehr ev. konkurrenzieren könnte. Es ist eine Vermutung, aber es könnte sein, dass der Bahnanschluss womöglich gar nicht realisiert wird, weil die Kosten einfach zu hoch sind. Die SP-Fraktion hat das Thema unter verschiedenen Aspekten diskutiert und Stimmfreigabe beschlossen. Auf jeden Fall wird sich die Partei weiterhin für eine Verminderung des Fluglärms einsetzen.

*Susanna Keller, SVP* dankt dem Gemeinderat für seinen Bericht und die Bemühungen. Wie die SVP bereits an der Sitzung vom 26. August 2019 bzgl. des Fluglärms erwähnt hat, nimmt sie das Anliegen der Bevölkerung ernst und setzt sich gegen übermässige Lärmbelästigungen ein. Diese sind auch mit dem Bahnanschluss, dem wohl daraus resultierenden Anstieg der Passagiere und damit vermehrten Flugverkehr zu befürchten. Schön ist es für uns, direkt ab dem Airport in Basel zu fliegen. Doch 98 Prozent der

derzeit eingegangenen Stellungnahmen aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz bewerten den Flugverkehr jetzt negativ. Die Direktstarts nach Süden, die für Binningen störend sind, werden mit der Bahnanbindung zunehmen. Auch nicht zu vergessen sind die horrenden Kosten von 90 Mio. Franken, die die Schweiz für das Bahnprojekt zahlen muss. Kosten, bei denen man sich fragen muss, ob sie wirklich nötig sind. Denn die jetzige Anbindung mit dem Bus ist zweckmässig und ausreichend. Aus Sicht des Gemeinderats sind zurzeit keine weiteren Massnahmen auf politischem Weg und kein weiterer Einfluss auf Entscheide zur Verhinderung des Bahnanschlusses mehr möglich. Das auch wegen des Beschlusses vom 14. März 2022 des Präfekts des Departements Haut-Rhin, der das Projekt als gemeinnützig erklärte und damit den Weg zur Realisierung des Bahnhofprojekts ev. freigibt. Wir können offenbar, und dies schon etwas zähneknirschend, nichts gegen den Bahnanschluss machen, da sich der Euro-Airport an keine Regeln halten muss. Die SVP wird mehrheitlich der Abschreibung des Postulats zustimmen.

*Stephan Meyer, FDP* teilt mit, die FDP danke dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht und die Vorstösse und Bemühungen, die der Gemeinderat in dieser Angelegenheit unternommen hat. Da damit die Möglichkeiten der Gemeinde Binningen ausgeschöpft sind, unterstützt die FDP den Antrag des Gemeinderats zur Abschreibung des Postulats.

*Luzia Sutter Rehmann, Grüne/EVP* spricht dem Gemeinderat ihren Dank aus für seinen Bericht, der klar aufzeigt, in welcher misslicher Lage sich Binningen und die Nachbargemeinden bzgl. Flughafen befinden. Dass sich die Umweltverträglichkeitsprüfung nur mit der Realisierung der Bahninfrastruktur befasst hat, ist stossend. Das wird im Bericht auch deutlich. Ein Bahnanschluss wird den Flugverkehr sicher fördern. Der Effekt, dass der Weg an den Flugplatz weniger mit Privatautos unternommen werden soll, würde durch zusätzliche Passagiere sicher aufgewogen. Doch Resignation kann man sich nicht leisten. Die Fraktion ist der Meinung, dass der Gemeinderat die Solidarität mit den Nachbargemeinden jetzt auf keinen Fall aufgeben sollte. Solange es französische, südbadische und auch schweizerische Verbände gibt, die sich gegen den Fluglärm und die Emissionen einsetzen, sollte auch der Auftrag an den Binninger Gemeinderat bestehen. Eine erfolglose Intervention heisst nicht, dass man die Übung abbrechen muss. Wie Ralph Büchelin aufgezeigt hat, bewegt sich die Weltgeschichte und die Verhältnisse sind im Moment in einem starken Wandel. In diesem Sinn sind die Grünen/EVP dafür, den Widerstand jetzt noch nicht aufzugehen. Die Fraktion spricht sich gegen eine Abschreibung aus.

*Nina Eldridge, Mitte/GLP* äussert, wie man dem Bericht entnehmen kann, hat der Gemeinderat alle politischen Möglichkeiten gegen den geplanten Bahnanschluss vorzugehen ausgeschöpft. Die Mitte/GLP-Fraktion folgt somit dem Antrag des Gemeinderats, das Postulat abzuschreiben.

*Gemeindepräsident Mike Keller, FDP* kann die Voten sehr gut nachvollziehen. Wenn er das Votum der Grünen aufnimmt, so kann er sagen: Der Gemeinderat wird nicht aufgeben. Grundsätzlich nicht. Denn wir sind es unserer Bevölkerung schuldig, alles zu unternehmen. Und wenn es Windmühlen sind. Aber vielleicht bricht ja einmal ein Flügel einer solchen Windmühle oder vielleicht kracht auch einmal eine ganze Mühle ein. Der Gemeinderat gibt nicht auf. Nur an einem gewissen Punkt muss man realistisch sein. Aufgrund des aktuellen Wissens und der aktuellen Rückmeldungen hat der Gemeinderat den Bericht zu diesem Vorstoss verfasst. Es gibt unterschiedliche Bedürfnisse und Stossrichtungen bei den Gemeinden rund um den Flughafen. Es gibt aber auch unterschiedliche Abhängigkeiten. Das wurde festgestellt, als man versuchte, grenzüberschreitend gegen gewisse Situationen und Entwicklungen vorzugehen. Wenn man es nicht als Baselbieter Anliegergemeinden schafft, dann vielleicht im trinationalen Verbund. Es musste aber schnell festgestellt werden, dass die Länder ganz unterschiedliche Prioritäten haben. Während man sich in der Schweiz v.a. um die Wohnqualität und namentlich die Nachtruhe sorgt, sorgen sich die Franzosen eher um die Arbeitsplätze. Selbstverständlich nehmen sie den Lärm auch wahr. Wenn man ganz ehrlich ist: Wir reden von den Südflügen. Alle anderen Flüge gehen zum grössten Teil über französisches Territorium. Dann gibt es die Deutschen, die uns Schweizer und auch die Franzosen verstehen. Ihnen ist vor allem wichtig, dass das Angebot des Euro-Airports Basel aufrecht erhalten bleibt. Das heisst also, man kommt in diesem Verbund nicht viel weiter.

Wenn man schaut, wer wo das Sagen hat, stellt man bei all diesen Themen immer wieder fest, eigentlich muss das Ganze auf nationaler Ebene ablaufen, auch wenn bei diesen Kommissionen Regierungsräte oder Kantone, wie auch die Anwohnergemeinden miteingebunden sind. Wir treffen uns regelmässig mit dem Verwaltungsrat des Flughafens. Der Verwaltungsrat informiert, präsentiert Zahlen und wir können dort unsere Sorgen, unseren Ärger und unsere Fragen deponieren. Bei diesen Gesprächen stellt man aber fest, dass zwischen der Gesellschaft, die den Flughafen betreibt, und allen übergeordneten Interessen differenziert werden muss. Wenn der Gemeindepräsident in den vielen Jahren der Diskussion und Auseinandersetzung mit dem Flughafen eines gelernt hat, dann, dass es wirklich eine Spezialität ist, dass man hier einen Flughafen hat an dem eigentlich zwei Länder beteiligt sind, aber die allermeisten Vorschriften gibt Frankreich vor, weil der Flughafen in Frankreich steht. Das macht das Ganze sicher zusätzlich schwierig.

Wenn man dann in der breiten Bevölkerung die Meinung abholt, ist sie auch dort geteilt. Es gibt die, die den wirtschaftlichen Vorteil sehen und mitunter auch sagen, dass es unserer Region deswegen so gut geht. Und es gibt jene, die finden, dass die Wohnqualität als wie mehr leidet. Der Votant möchte damit nur sagen, dass sich der Gemeinderat diesem Spannungsfeld vollauf bewusst ist. Er versucht an allen Orten und bei allen Gelegenheiten die entsprechenden Gespräche zu suchen und wenn immer möglich, etwas in die Wege zu leiten. Was der Gemeinderat nicht machen möchte ist, Versprechen abzugeben, bei denen er weiss, dass sie nie und nimmer gehalten werden können. Darum: Der Gemeinderat bleibt weiter am Ball. Er weiss um die Interessen und die Bedürfnisse der Bevölkerung und setzt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten ein. Nur zum heutigen Zeitpunkt darf der Redner den Anwesenden sagen, dass der Gemeinderat seine Möglichkeiten im Zusammenhang mit diesem Vorstoss wirklich ausgeschöpft hat. Im Augenblick sieht er nicht, wo es noch einen Hebel geben würde.

#### ABSTIMMUNG

Abschreibung: 24 JA / 8 NEIN / 4 Enthaltungen (Abstimmung 05)

#### BESCHLUSS

---

://: Das Postulat wird abgeschrieben.

---

#### Traktandum 7

Nr. 101

#### Postulat D. Zimmermann, FDP: Defibrillator - frei zugänglich

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

#### GESCHÄFTSBERATUNG

*Daniel Zimmermann, FDP* dankt dem Gemeinderat für seinen Bericht zum Postulat, welches am 30. Januar 2022 eingereicht wurde. Das Gedankengut des Vorstosses hat letztlich in einem Zeitungsartikel vom März 2022 mit dem Titel «So können Sie Leben retten» ein ziemlich interessantes Thema aufgeworfen. Vom Geschäftsführer der Stiftung Ersthelfer Nordwestschweiz wurde nämlich die Problematik beschrieben, dass wir zwar sehr viele solche Geräte haben – die Versorgungsdichte von 90 Prozent ist leider noch nicht erreicht –, aber das Hauptproblem liegt primär an der Zugänglichkeit der Geräte. Das war die Stossrichtung des Postulats. Binningen verfügt zwar über solche Geräte, aber die meisten sind v.a. über die Wochenenden oder an speziellen Feier- und Festtagen nicht zugänglich. Der Gemeinderat nimmt das Thema auf. Den Votanten befremdet der letzte Satz im Geschäft einfach etwas, dass es nicht

grundsätzlich als Kernkompetenz der Gemeinde angeschaut wird. Seiner Ansicht nach ist die Gesundheit in der Gemeinde sehr wohl eine Kernkompetenz. Er bittet den Gemeinderat, dem beim Entgegennehmen des Postulats später auch Rechnung zu tragen.

*Nina Eldridge, Mitte/GLP* bedankt sich für das Postulat. Bei einem Herzstillstand oder Herzflimmern entscheiden oft wenige Minuten über Leben und Tod. Eine Ambulanz braucht im Schnitt 10 Minuten bis sie eintrifft. Dies kann oft bereits zu spät sein. Daher erachtet es ihre Fraktion ebenfalls als sinnvoll, mehr Defibrillatoren im Öffentlichen Raum bereit zu stellen, um mehr Leben retten zu können. Mehrere Erfahrungsberichte zeigen jedoch auch, dass Laien oft Hemmungen haben, einen solchen Defibrillator zu nutzen. Deswegen wäre es sinnvoll, zusätzlich zu den aufgestellten Defibrillatoren eine Schulung anzubieten, wie damit umgegangen werden muss. Zusätzlich sollten auch die Standorte der Defibrillatoren so gewählt werden, dass je nach dem medizinisch geschultes Personal in der Nähe ist.

*Ralph Büchelin, SP* findet frei zugängliche Defibrillatoren grundsätzlich sicher begrüssenswert. Schon jetzt befinden sich in Schulen, Turnhallen, Gemeindeverwaltungen, Altersheimen etc. einige Geräte. Im Postulat wird die Aufstellung an frei zugänglichen und neuralgischen Standorten beantragt. Die Frage stellt sich, welche neuralgischen Standorte dies sind und wo sie sich befinden. Im Öffentlichen Raum sollten die nicht gerade billigen Geräten vor Witterungseinflüssen geschützt sein. Auch ist ev. Vandalismus oder Diebstahl zu berücksichtigen. Der Redner ist kürzlich beim Standort der neuen Raiffeisenbank an der Hohlegasse vorbeigegangen. Dort gibt es einen zugänglichen Raum mit Bankomaten. Das wäre vielleicht ein Standort, den man sich vorstellen könnte. Es ist aber wahrscheinlich wieder Privatboden. Weiter muss auch berücksichtigt werden, dass ein Defibrillator alleine nicht immer Leben retten kann. Wenn man auf eine bewusstlose Person trifft, muss nämlich zuerst eine Herzmassage gemacht werden. Ein Defibrillator nützt nichts, wenn man lange nach einem Gerät sucht und sonst nichts unternimmt. Hier darf man keine Zeit verlieren, einen Defibrillator zu suchen. Es sollten vielleicht auch dahingehend Überlegungen angestellt werden, ob die Bevölkerung im Umgang von Herzmassage und der Anwendung solcher Defibrillatoren geschult werden sollte, wie es bei Fahrprüfungen auch geübt wird. Es stellen sich einige Fragen zum Thema, aber eine Bearbeitung des Anliegens ist sicher begrüssenswert.

*Stefanie Glaser, Grüne/EVP* erklärt, als First-Responderin und Aktive in der Feuerwehr begrüsst sie es sehr, dass man die AEDs an öffentlichen Punkten zugänglich macht, sodass ein First-Responder, der auf dem Weg zum Einsatz ist, ein solches Gerät gleich mitnehmen kann. Es bringt nichts, wenn die Geräte überall in Innenräumen hängen. Denn wenn die Gebäude geschlossen sind, das ist auch ziemlich schnell am Abend der Fall, kommt man nicht mehr an die Geräte ran. Bezüglich Vandalismus und Witterungsschutz: Es gibt fertige Boxen, in welche man die Geräte stellen kann. Gemäss Informationen in den Ausbildungskursen ist Vandalismus ein sehr kleines Problem bei diesen Geräten.

*Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP* bedankt sich für die hilfreichen Voten. Viele der genannten Punkte hat der Gemeinderat selbstverständlich ebenfalls diskutiert und das Postulat deswegen auch zur Überweisung empfohlen. Der Gemeinderat nimmt dies gerne auf, wird die Sache prüfen und darüber berichten.

#### ABSTIMMUNG

Überweisung: Einstimmig JA (Abstimmung 06)

#### BESCHLUSS

---

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

---



**Motion S. Inäbnit, FDP: Tempo 30 in Binningen - nur mit Zustimmung des Einwohnerrats**

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG

*Sven Inäbnit, FDP* äussert, als er die Antwort des Gemeinderats auf die Motion gelesen hat, hatte er den Eindruck, dass eher mit legalistischen Argumenten gefochten wird. Er glaubt, der Gemeinderat hat hier einfach nicht erkannt, um was es eigentlich wirklich geht. Nämlich nicht um ein legalistisches Hin und Her zu dieser Tempo 30-Antragstellung, sondern das Kernelement der Motion ist ganz klar, dass man die Mitwirkungsrechte der Bevölkerung stärken möchte. Das kann man sehr wohl auch im Rahmen der geltenden Gesetzgebung machen. Es war nämlich nicht die Idee, dass der Einwohnerrat Anträge an den Kanton stellt und quasi den Gemeinderat ausschaltet oder dass er hier eine Aufgabe übernimmt, die das Gesetz im Moment dem Gemeinderat zuweist. Sondern es geht nicht um mehr und nicht um weniger, als dass der Gemeinderat, bevor er einen Antrag an den Kanton zur Einführung von Tempo 30 auf den Kantonsstrassen stellt, den Antrag hier im Einwohnerrat sanktionieren lassen muss. Danach läuft es natürlich nach den gesetzgeberischen Materialien, die heute bereits gelten.

Nach Meinung der FDP sind die rechtlichen Aspekte in der Beantwortung zu relativieren. Man hatte sogar etwas den Eindruck, man will einfach nicht. Aber wieso will man aus Sicht des Gemeinderats nicht? Was ist das Problem, wenn man bei so weitreichenden Entscheiden die Bevölkerung fragt oder, so wie es hier vorgeschlagen wird, den Einwohnerrat? In Extremis würden vier Personen, eine Mehrheit im Gemeinderat, entscheiden, ob Anträge gestellt werden, dass unsere Kantonsstrassen auf Gemeindegebiet Tempo 30 erhalten. Vier Personen verfügen letztendlich über 16 000 Einwohner, ohne dass sie eine Rückfrage machen können. Darum ist die Motion für die FDP nach wie vor wichtig. Die Fraktion hat festgestellt, dass die Probleme von Tempo 30 auf Kantonsstrassen einfach ausgeblendet werden. Die Argumente sind nur in Richtung Umwelt- resp. Lärmschutz. Das ist quasi die Prämisse von allem. Das kann aber nicht sein. Es gibt noch ganz andere Faktoren, die nicht gewichtet werden. Es gibt eine Strassenhierarchie. Kantonsstrassen haben eine ganz andere Funktion als Gemeindestrassen. Der Schadstoffausstoss bei Stop-and-Go auf einer Tempo 30-Strecke ist ganz klar höher, als wenn man mit Tempo 50 kontinuierlich fahren kann. Der Zeitverlust des ÖV? Er hat nirgends gelesen, dass dies eine Rolle spielt. Der Zeitverlust für Blaulichtorganisationen? Er hat nirgends gelesen, dass dies in Betracht gezogen wurde.

Der Schutz der Wohnquartiere, wegen des Schleichverkehrs, der dem Tempo 30 auf den Hauptachsen ausweicht? Das ist anscheinend kein Thema, obschon der Gemeinderat sagt, er wolle einen Lärmschutz für die Anwohner an der Hauptstrasse erreichen. Sowieso bezüglich Lärmschutz: Es gibt auch andere Massnahmen. Flüsterbeläge, zunehmende Elektromobilität. Deswegen sollte Tempo 30 wirklich nur Ultima Ratio sein. Modellrechnungen, die in den Gutachten erstellt werden, sind Modellrechnungen und entsprechen auch nicht immer der Realität. Die Autofahrer verhalten sich teilweise ganz anders als im Modell gerechnet wird. Last but not least möchte er auf den Zeitverlust und den Stau hinweisen. Stau, der wieder volkswirtschaftlich negative Auswirkungen hat. Stau, in dem die Handwerker stehen und wertvolle Zeit verlieren. Und ist denn sichergestellt, dass die schnellen E-Bikes tatsächlich nur 30 km/h fahren und nicht mehr 45 km/h wie bisher? Der Votant bittet die Anwesenden, die Motion trotzdem zu überweisen. Es ist wichtig, dass zu diesem wichtigen Punkt in unserer Gemeinde – Binningen hat zwei ganz wichtige Hauptachsen – die Bevölkerung direkt oder indirekt mitreden kann. Er bittet darum, für Überweisung zu stimmen.

*Thomas Hafner, Mitte/GLP* bedankt sich namens der Mitte/GLP beim Gemeinderat für die Stellungnahme zur vorliegenden Motion. Er möchte kurz auf das Votum des Motionärs eingehen. Seine Fraktion

hat natürlich auch Verständnis für den Motionär. Seine Motion war vermutlich gut gemeint, aber er hat es vielleicht einfach etwas zu hart, der Redner möchte nicht sagen falsch, angepackt. Die Änderung der Reihenfolge der Traktanden 8 und 9 wäre aus Sicht des Redners wünschenswert gewesen, da bei Traktandum 9 mit der Interpellation von Daniel Zimmermann auch ein Gutachten vorliegt. Vielleicht beantragt Daniel Zimmermann später Diskussion und man kommt noch dazu. Gemäss vorliegendem Bericht des Gemeinderats kann aus rechtlicher Sicht der Motion nicht Folge geleistet werden, da übergeordnetes Recht des Kantons im Wege steht, die verschiedenen Forderungen des Motionärs auf kommunaler Ebene zuzulassen. Das hat der Gemeinderat so dargelegt und darauf vertraut der Votant. Eine an den Gemeinderat überwiesene Motion ist verbindlich und würde den Gemeinderat in eine rechtmässige Zwickmühle bringen. Die Mitte/GLP ist sich dieser Verantwortung bewusst und möchte dies nicht. Somit ist der Fraktion klar, dass sie diese Motion nicht überweisen kann.

Im Weiteren handelt es sich bei Tempo 30 auf der Hauptstrasse schon um ein sehr politisches Thema. Unabhängig von der politischen Meinung zu Tempo 30 oder wie aktuell Tempo 50 auf der Binninger Hauptstrasse, möchte die Fraktion zuerst das Resultat der vertieften Abklärung des kantonalen Gutachtens, die Prüfung der Zweckmässigkeit des Tempo 30 auf der Hauptstrasse, abwarten. Sobald das abschliessende Gutachten vorliegt und der Gemeinderat zum Schluss kommen könnte, eine Änderung der Geschwindigkeit auf der Hauptstrasse vorzunehmen resp. diese zu senken, empfiehlt die Mitte/GLP dem Gemeinderat, dieses heikle, brisante Thema vor einer Änderung zuerst mit einer separaten Vorlage in den Einwohnerrat zu bringen und nicht eigenmächtig, ohne den Einwohnerrat anzufragen, zu handeln. Der Gemeinderat sollte genügend politisches Gespür haben, dass dieses Thema in der Bevölkerung sehr emotional geführt wird. Es geht schlussendlich in die Stossrichtung des Motionärs. Es ist auch bereits auf kantonaler Seite viel Widerstand entstanden. Mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit wird auch die TCS-Initiative zustande kommen.

Die Fraktion möchte jetzt und heute noch keine Diskussion im Rat über die Vor- und Nachteile von Tempo 30 und Tempo 50 führen. In vielen Medien konnte man bereits einiges über das Tempo 30 erfahren, von den Befürwortern wie auch von den Gegnern. Es wurden Wahrheiten und Unwahrheiten verkündet. Es wäre jetzt also absolut verfrüht und eine reine Zeitverschwendung, eine inhaltliche Debatte über Vor- und Nachteile von Tempo 30 hier und jetzt im Rat zu führen. Die Mitte/GLP hat sich aufgrund der Argumentation des Gemeinderats gegen eine Überweisung der Motion entschieden.

*Simone Abt, SP* hat der letzte Satz ihres Vorredners am besten gefallen. Sie schlägt sich auf die Seite der Formalisten und Legalisten und macht keine Aussagen zu den Pro und Cons von Tempo 30 auf den kantonalen Strassen zum jetzigen Zeitpunkt. Das Problem des Motionärs ist, dass er das Thema zu früh auf das politische Level lüpfen wollte, jetzt was die Hauptstrasse anbelangt. Es ist nun mal einfach so, dass es Zuständigkeiten gibt. Es ist ein vollkommen anderer Vorgang, ob auf einer Gemeindestrasse über Tempo 30 debattiert wird oder es sich um eine kantonale Strasse handelt. Bei kantonalen Strassen ist es effektiv so, dass das Volk erst zu einem späteren Zeitpunkt einbezogen wird. Im Moment ist man noch in der vorabklärenden Phase, in der Prüfungsphase. Der Gemeinderat beabsichtigt zu beantragen, dass der Kanton prüft, und zwar auch auf operativer Ebene, wie sich die Hauptstrasse für Tempo 30 eignen würde. Das Ergebnis dieses Prozesses muss noch abgewartet werden.

Okay. Es sind keine good News, wenn man erfahren hat, dass der Kanton alle bereits eingegangenen Einsprachen – das ist das Mittel, welches uns nachher zur Verfügung steht – gegen Tempo 30 abgewiesen hat. Da der Kanton Baselland nicht als speziell grün, nicht als extrem fahrradfördernd und auch nicht als autofeindlich bekannt ist, lässt dies den Schluss zu resp. könnte dies darauf hinweisen, dass es mit der faktischen Beerdigung von Tempo 30 auf solchen Strassen durchaus seine Berechtigung hat. Sie ist der Meinung, der Rat tue gut daran, sich auf dem Laufenden zu halten, was bei den Abklärungen rauskommt. Falls der Kanton Tempo 30 auf der Hauptstrasse für opportun hält, dann können wir uns, wenn uns dies nicht passt, immer noch zur Wehr setzen wie alle anderen Gemeinden. Ansonsten müssen wir vielleicht auch einfach akzeptieren, dass es eine Kompetenz des Kantons ist und der Kanton diesen

Entscheid, sogar unabhängig vom Binniger Gemeinderat, fällen wird. Der Gemeinderat beantragt dies nun und wir können mit Einsprachen darauf reagieren, wenn es notwendig wird. Die SP schliesst sich dem Antrag des Gemeinderats an und wird die Motion nicht überweisen.

*Jürg Blaser, SVP* informiert, die SVP schliesse sich vollumfänglich den Voten des Motionärs an. Die Fraktion ist für Überweisung dieser Motion. Die SVP bedauert ausserordentlich, dass der Gemeinderat ohne Konsultation des Einwohnerrats an den Kanton gelangt ist und wissen wollte, ob eine Einführung von Tempo 30 auf der Hauptstrasse möglich ist, obwohl er rechtlich nicht dazu verpflichtet gewesen wäre. Angesichts der Antworten des Gemeinderats auf die Motion von Sven Inäbnit, und hier greift er etwas auf die Interpellation von Daniel Zimmermann vor, stellen sich der SVP noch folgende Fragen: 1.) Was beinhalten die vier laufenden Beschwerden in den anderen Baselbieter Gemeinden bzgl. der verfügbaren Tempo 30-Abschnitte, aufgrund dessen das Gesuch unserer Gemeinde zurzeit nicht weiterverfolgt wird?

2.) Wie den Informationen zu entnehmen ist, hat der Gemeinderat beim Kanton Untersuchungen dazu beantragt, welche Auswirkungen Tempo 30 auf der Hauptstrasse auf den Öffentlichen Verkehr sowie auf den Ausweichverkehr, Paradiesstrasse, Neubadrain und Schlossgasse hätte. Dies in Bezug auf die Lärmbelastung. Falls diese Ergebnisse negativ ausfallen, wie gross ist die Chance, dass der Kanton die Einführung von Tempo 30 auf der Hauptstrasse bewilligt? 3.) Gemäss Aussagen des Gemeinderats sollte der Einwohnerrat mittels eines politischen Mitwirkungsprozesses orientiert werden. Zudem heisst es, dass sich der Gemeinderat auch an den Beschlüssen zu den beiden Motionen Nr. 105 und 106 orientieren würde. Welche Beschlüsse sind hier gemeint?

*Marc Schinzel, FDP* ist etwas erstaunt. Er möchte nochmals in Erinnerung rufen, um was es geht. Es geht nicht um den Inhalt. Bei diesem Vorstoss geht es nicht darum, ob man Tempo 50 oder Tempo 30 auf Hauptstrassen möchte, sondern es geht um das Verfahren. Es geht darum, wer in diesem Verfahren mitwirkt. Er möchte zu Protokoll geben, dass die rechtlichen Ausführungen, die vom Gemeinderat zu Ziffer 2 gemacht werden, wo man nämlich sagt, man könne nicht, es sei rechtlich unzulässig, wenn man sagt, man wolle das Reglement anpassen bei uns, um sagen zu können: «Kein Antrag an den Kanton.». Das ist nämlich der Gegenstand, nicht der Beschluss des Kantons. Kein Antrag an den Kanton ohne die Zustimmung des Einwohnerrats, das sei rechtlich nicht möglich. Das ist falsch. Er bittet wirklich nochmals um Abklärung. Es ist nicht § 70 Abs. 2 des Gemeindeorganisationsgesetzes massgebend.

Es stimmt, dass dem Gemeinderat alles zusteht, was nicht speziell einem anderen Gemeindeorgan zugewiesen ist. Aber § 47 Abs. 2 des Gemeindeorganisationsgesetzes sagt klar: «Durch Gemeindereglement können der Gemeindeversammlung – das ist bei der ausserordentlichen Gemeindeorganisation der Einwohnerrat – weitere Befugnisse eingeräumt werden, soweit sie nicht aufgrund der Gesetzgebung ausdrücklich einem anderen Gemeindeorgan zustehen.». Genau das ist nicht der Fall. Es gibt keine Gesetzgebung auf kantonaler Ebene, die dies einem anderen Gemeindeorgan, resp. dem Gemeinderat, zuweisen würde. Deswegen kann man es per Reglement so festlegen. Nichts Anderes fordert der Motionär. Der Redner bittet darum, dass man dies auch rechtlich korrekt auslegt und den Entscheid hier im Rat jetzt im vollen Bewusstsein, dass man über das Verfahren abstimmt, fällt. Es kann ja nicht sein, dass man keine Möglichkeit hat, weder beim Kanton noch in der Gemeinde, als Parlament und dann auch als Volk irgendwie auf einen solchen Entscheid Einfluss zu nehmen, wenn man es möchte.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* erläutert, man konnte in den letzten Tagen und Wochen viel lesen über die Tempo 30-Geschichte auf Abschnitten von Kantonsstrassen. Es hätte sich vielleicht empfohlen, den Entscheid des Regierungsrats durchzulesen. Er ist anonymisiert auf der Webseite des Kantons herunterladbar. Die Argumente, die der Motionär vorgebracht hat, werden darin eins ums andere entkräftet und widerlegt. Ohne im Detail darauf einzugehen, denn dann wäre man in der inhaltlichen Debatte über Tempo 30 oder nicht, äussert die Rednerin, dass es tatsächlich eine formale Frage ist. Der Regierungsrat sagt unmissverständlich, dass eine Anordnung von Verkehrsbeschränkungen oder auch entsprechende Anträge eine reine Vollzugsaufgabe sind. Vollzugsaufgaben fallen in die Kompetenz der

Executive und Befragungen der Bevölkerung oder der Legislative sind nicht vorgesehen. Ob sie zulässig sind, ist nach Meinung des Regierungsrats äusserst kritisch, weil es den Grundsatz der Gewaltenteilung durchbricht. So der Regierungsrat. Er ist hier relativ klar.

Der Entscheid des Regierungsrats wird selbstverständlich von den Beschwerdeführenden weitergezogen ans Kantonsgericht und, da ist die Votantin überzeugt, vom Kantonsgericht, je nach Ergebnis, auch ans Bundesgericht. Es gibt vermutlich noch einen langen Weg und man wird kantons- und allenfalls auch bundesgerichtliche Äusserungen haben zum Thema: Darf man, muss man oder kann man die Bevölkerung oder Parlamente in diese Entscheide einbeziehen? Bis hier ein rechtskräftiger Entscheid vorliegt, bleiben die Verfahren der drei Gemeinden Bottmingen, Oberwil und Therwil, um die es momentan geht, pendent. Das war die Frage der SVP. Dies gilt auch für das Binninger Verfahren. Der Kanton teilte mit, er mache die weiteren Abklärungen bzgl. Auswirkungen auf den ÖV und den Ausweichverkehr erst, wenn zu den anderen Verfahren, zu welchen es nun einmal einen Regierungsratsbeschluss gibt, ein rechtskräftiger Entscheid vorliegt. Bis dieser vorliegt – wie gesagt Kantonsgericht, Bundesgericht – geht es noch einen Moment. Bis dahin geht gar nichts.

Wenn die Anwesenden nun über die Motion entscheiden, dann entscheiden sie darüber, ob sie etwas, von dem man noch nicht weiss, ob es überhaupt zulässig ist, mit einem verbindlichen Auftrag zur Erarbeitung an den Gemeinderat überweisen wollen. Mit Blick auf die personellen Ressourcen, die letztlich auch finanzielle Aspekte haben, empfiehlt die zuständige Gemeinderätin den Ratsmitgliedern, die Motion nicht zu überweisen. Es könnte, je nachdem wie das Ganze endet, ein kompletter Leerlauf sein. Wenn es zum Schluss heisst, dass man den Bevölkerungs- oder Parlamentseinbezug machen kann, dann ist schnell eine neue Motion eingereicht. Wenn es grundsätzlich möglich ist, steht vielleicht auch die Frage der Überweisung anders zur Diskussion. Zum heutigen Zeitpunkt muss sie den Anwesenden sagen, dass es keinen Sinn macht, etwas zu überweisen, dass man bis zu einem rechtskräftigen Entscheid und bis zur Klärung der rechtlichen Fragen auf der Pendenzenliste mitschleppt und jedes Jahr erklärt, warum es noch immer pendent ist. Sie empfiehlt, die Motion nicht zu überweisen. Die Fragen sind auf dem Tisch, sie sind in Abklärung. Abgesehen davon gibt es noch die Initiative des TCS. Ob sie zustande kommt oder nicht wird sich zeigen. Wenn sie zustande kommt, wird der Regierungsrat auch dort sagen müssen, ob er dies für zulässig erachtet oder nicht. Wenn er es für nicht zulässig erachtet, kann man davon ausgehen, dass auch dies mit einer Beschwerde angefochten wird. Bis man hier am Ende Klarheit hat, dauert es noch einen Moment. Bis dahin macht es keinen Sinn, die Motion zu überweisen.

*Sven Inäbnit, FDP* dankt der zuständigen Gemeinderätin für das flammende Votum, ein solches Mitwirkungsprojekt einfach abzuschliessen. Er betont, dass es nicht darum geht, ob Tempo 50 oder Tempo 30 auf welchem Abschnitt gerechtfertigt ist oder nicht. Das mag vielleicht sein. Aber er staunt, mit welcher Vehemenz der Gemeinderat hier Angst zeigt, die Bevölkerung einzubeziehen und zu befragen. Was kostet es denn? Marc Schinzel hat es erklärt. Das Verfahren ist möglich, ohne die rechtlichen Grundlagen zu verletzen. Zum Rechtgutachten: Alle Anwesenden wissen, dass ein Rechtgutachten vor allem das aussagt, was gefragt resp. bestellt wird. Zur Argumentation, dass alle Argumente entkräftet werden, kann man vermutlich 10 Gegengutachten ins Feld führen, die zeigen, dass es valable Elemente sind.

Als letzten Punkt möchte er noch kurz erwähnen, dass die angesprochene TCS-Initiative alle Unterschriften erhalten hat. Eine kantonale Initiative geht in eine Vorprüfung. Der Kanton hat den Inhalt der Initiative bereits vorgeprüft. Darin steht, dass in Zukunft der Souverän gefragt werden soll, sogar an der Urne. Seiner Ansicht nach könnte man es auch hier im Einwohnerrat machen und nicht an der Urne. Aber dies wurde bereits vorgeprüft. Es ist keine Rede davon, dass es nicht möglich ist und nicht geht. Der Motionär appelliert an den Gemeinderat, über seinen Schatten zu springen. Bei einem derart wichtigen Thema, das so emotional ist, so viele Menschen betrifft und unsere Verkehrsprobleme nicht einmal löst, warum nicht an die Bevölkerung gelangen und hier eine Rückendeckung abholen? Wenn es gut ist und etwas bringt, ist er überzeugt, dass es alle unterstützen werden.

*Thomas Hafner, Mitte/GLP* glaubt, unabhängig davon wie das Resultat in der Abstimmung nachher ausfallen wird, hat der Gemeinderat spätestens jetzt wahrgenommen, dass es ein Wunsch des Rats ist, dass, wenn die Resultate da sind, das Parlament oder auch die Bevölkerung anfragt werden bevor gehandelt wird. Er geht schwer davon aus, dass der Gemeinderat dies aufgenommen hat. Es wurde ja auch protokolliert und kann immer wieder nachgelesen werden.

*Marc Schinzel, FDP* äussert, an die zuständige Gemeinderätin gerichtet, sie habe gesagt, dass es ihm einfach nicht passen würde. Nein, das ist nicht ganz so. Er möchte ruhig bleiben. Er ist selbst relativ gut ausgebildeter, öffentlich-rechtlicher Jurist und hat das Ganze ziemlich intensiv studiert. Gerade solche Gesetze verfasst er auch selbst und kennt sich daher schon etwas aus in der Gesetzesmaterie. Es ist seine juristische Meinung – er ist natürlich nicht der Papst, genauso wenig wie der Regierungsrat –, dass § 47 Abs. 2 zulässt, dass man das Gemeindereglement ergänzen kann und sagt, dass ein Antrag an den Kanton nicht ohne Zustimmung des Einwohnerrats und dann eben auch des Volks gestellt werden kann. Wieso hat der Gemeinderat davor so Angst? Der Votant ist der Meinung, wenn es schon unsicher ist, wie erwähnt wurde, sollte man den Mut haben, den Vorstoss zu überweisen. Es gibt den Grundsatz: «in dubio pro populo». Im Zweifel für die Mitsprache des Parlaments und der Bevölkerung. Er findet dies nicht zu viel verlangt.

*Lewin Lempert, SP* muss jetzt trotzdem noch etwas sagen, da ihn gewisse Voten doch etwas erstaunt haben. Abgesehen von der legalistischen Debatte, bei der er ganz ehrlich nicht mithalten kann: Wenn man sagt, vier Personen können dies entscheiden und es sei keine Mitsprache gewährleistet, möchte er daran erinnern, dass eine Executive nicht von einem Gott oder einem König eingesetzt wird. Sie wird gewählt. Wenn die Bevölkerung mit der Executive nicht einverstanden ist, dann kann sie sie abwählen. Das ist auch richtig so. Das ist Demokratie. Es ist in einem Staat nun mal so, dass es gewisse Gewalten gibt. Eine Executive, eine Judikative und eine Legislative. Gerade die FDP, als sogenannte Staatsgründer-Partei sollte dies seiner Ansicht nach wissen. Dem Redner ist wichtig, dass diese Gewaltenteilung intakt bleibt und man die Executive in ihrem Handlungsspielraum nicht völlig beschränkt und ihr jeden Flügel stützt.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* muss noch etwas richtigstellen. Sie hat nicht von einem Rechtsgutachten gesprochen, dass das wiedergibt, nach dem es gefragt wurde. Sie hat von einem Regierungsratsbeschluss gesprochen, welcher drei Beschwerden behandelt hat. Der Regierungsrat hat niemandem nach dem Mund geredet, sondern er hat diese Beschwerden in seiner Fachkompetenz beantwortet. Und an Marc Schinzel gerichtet erklärt die Votantin, auch sie sei öffentlich-rechtliche Juristin und weiss, wie man Gesetze und Reglemente schreibt.

## ABSTIMMUNG

Überweisung Motion: 16 JA / 19 NEIN (Abstimmung 07)

## BESCHLUSS

---

://: Die Motion wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

---

## Traktanden 9

100

### Interpellation D. Zimmermann, FDP: Hauptstrasse - Tempo30: Wie geht es weiter?

Präsidentin Beatrice Büschlen, Grüne informiert, der Gemeinderat habe die Fragen schriftlich beantwortet. Möchte der Interpellant Diskussion, hat er eine Bemerkung oder ist er zufrieden mit den Antworten?

Daniel Zimmermann, FDP beantragt Diskussion.

## ABSTIMMUNG

Diskussion: 26 JA / 4 NEIN / 5 Enthaltungen (Abstimmung 09)

## BESCHLUSS

---

://: 1. Diskussion wird beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG

Daniel Zimmermann, FDP bedankt sich beim Gemeinderat für die sehr detaillierte Beantwortung der Fragen im Geschäft. Zu diesem Thema ist die Zeit in der Zwischenzeit relativ schnell gelaufen. Man konnte sehr viel lesen. Es ist ein Thema, welches den ganzen Kanton beschäftigt. Die zuständige Gemeinderätin hat erwähnt, dass sich der Regierungsrat im Zusammenhang mit den drei Gemeinden auch selbst gegenüber der Öffentlichkeit geäußert hat. Das Thema ist sehr aktuell. Sven Inäbnit hat im letzten Traktandum letztlich klar gesagt, was er mit seinem Vorstoss bezwecken wollte. Auch die Interpellation zielt etwas auf die gleiche Thematik ab, dass der Einwohnerrat in Binningen sich dieser Thematik in der politischen Diskussion gerne stellen würde. Die Gemeinderätin hat, nebst der detaillierten Antworten, in der Frage 7 für den Votanten eine sehr interessante Antwort im Namen des Gemeinderats formuliert und darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung und das Gewerbe selbstverständlich einbezogen werden sollen. Geplant ist die Erarbeitung eines Betriebs- und Gestaltungskonzepts, bei welchem sich die Bevölkerung und das Gewerbe einbringen können. Wenn er dies so liest, steht nichts vom Parlament und vom Einwohnerrat.

Seine Frage an die zuständige Gemeinderätin: Möchte sie das Betriebs- und Gestaltungskonzept am Einwohnerrat vorbeischleusen und direkt mit der Bevölkerung und dem Gewerbe diskutieren? Oder wie ist dies angedacht? Das Geschäft müsste ja zumindest in einer politischen Diskussion dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Das wäre für den Interpellanten hoch interessant. Nochmals: Vielleicht fühlen sich aus den Voten nun andere angesprochen. Es geht der FDP darum, dass man diese Diskussion politisch führen kann. Momentan wird das total ausgehebelt und man versteckt sich, nach seinem Dafürhalten, zu fest hinter dem Kanton und seinen Bestrebungen, in seinen Strassen mit seinen Problemen gewisse Sachen zu lösen, was aber später bei uns in Binningen gelebt werden muss. Es wäre nicht das erste Beispiel, wo der Kanton etwas will, und die Bevölkerung in einer Gemeinde will es nicht.

Für Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP entsteht der Eindruck, wenn sie die Frage umgekehrt anschaut, als ob der Einwohnerrat nicht Teil der Bevölkerung und des Gewerbes wäre. Das fände sie sehr speziell. Selbstverständlich können sich die Einwohnerratsmitglieder dort einbringen. Wenn das Konzept mit der Bevölkerung und dem Gewerbe erarbeitet wurde, dann kommt es im Rahmen der vorgesehenen weiteren Schritte auch in den Einwohnerrat. Es ging überhaupt nicht darum, irgendjemanden auszuschliessen. Aber es geht darum, dass auch die Bevölkerung miteinbezogen werden soll. Dass man nicht sagt, der Einwohnerrat ist ein Abbild der Bevölkerung, sondern man will bewusst – sie sagt nun workshopmässig. Wie dies genau gemacht werden soll, ist noch offen – einen grossen Kreis ziehen. Die weiteren

Schritte haben gewisse Auswirkungen, die man auch noch im Einwohnerrat diskutieren wird. Aber ihrer Ansicht nach ist es auch für das Parlament wichtig, was mit der Bevölkerung vorab erarbeitet wurde. Ausgeschlossen werden soll gar niemand.

## BESCHLUSS

---

://: 2. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderats zur Interpellation.

---

## Traktanden 10

57

### Postulat K. Glaser, Grüne: Einführen einer Kunststoff-/Plastiksammlung

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG

*Karin Glaser, Grüne/EVP* erläutert, es gibt x verschiedene Studien über das Sammeln von Kunststoff. Die einen finden, es rentiere nicht. Die anderen finden es super gut und rentabel und die dritten, vielleicht die meisten, finden, es decke knapp die Unkosten. Im Bericht des Gemeinderats wird Muttenz zitiert. Gerade Muttenz hat den Versuch, den sie jetzt gemacht haben, um zwei Jahre verlängert. Die Votantin nimmt an, dass es nicht so unglaublich schlecht sein kann. Wie auch immer. Sie weiss, dass es eine etwas kontroverse Sache ist. Sie hofft, dass die Kunststoffproblematik ernst genommen wird von der Bevölkerung und der Gross- und Kleinverteilung, auch wenn der Gemeinderat hier nicht weiter darauf eingehen möchte. Zum Glück kann man auf private Sammelfirmen zurückgreifen, wie z.B. Sammelsack.ch. Was sie sehr begrüßen würde und ein Anstoss in die richtige Richtung wäre, ist, wenn auch Binningen am Projekt «die Schweiz isst abfallfrei» mitmachen würde. Dort muss man die Welt nicht neu erfinden. Es gibt Vorlagen. Sie hat heute zudem erfahren, dass in der Presse stand, dass die ganze Schweiz ein neues Plastiksammelsystem erhalten und der Detailhandel unterstützt und angewiesen werden soll. Die Postulantin kennt keine Details dazu, da sie den Artikel nicht gelesen hat. Sie hofft aber, dass der Gemeinderat frühzeitig auf diesen Zug aufspringen und den lokalen Detailhandel unterstützen wird, da es scheinbar eine schweizweite Angelegenheit sein wird.

*Erik Schellenberg, SP* legt dar, die SP habe das Postulat, welches bereits öfters eingereicht wurde, besprochen. Die Fraktion ist der Meinung, dass schon ein erheblicher Anteil über Grossverteiler abgenommen wird und nicht im Abfall landet, sondern gezielt zurückgeht. Dieser Trend ist eine effiziente Rücknahme über das Verteilsystem ohne zusätzliche Transporte. Über die Versorgung in den Läden wird wieder ein Teil zurückgenommen. Es braucht keine zusätzlichen Einsammelsysteme. So kann ein grosser Teil der Verpackung eingesammelt werden. Weil es aber, wenn man die Verpackung wieder für neue Verpackungen verwenden will, sehr kompliziert ist, muss dies zentral an einem Ort geschehen und mit einer Maschine gezielt gemacht werden. Es kann auch nicht alles wieder genutzt werden, aber ein Teil geht. Die SP sieht keinen grossen Bedarf für eine separate Sammlung, da die Grossverteiler bereits einen Teil zurücknehmen. Sie schlägt aber vor, da es zum Teil sperrige Elemente gibt, die dort nicht abgegeben werden können, beim Werkhof einen Container zur Verfügung zu stellen, wo man sperrige Teile hineintun kann. So könnte man das Problem mit einer einfachen Methode und geringen Kosten lösen. Die Fraktion ist für Abschreiben des Postulats.

*Carole Inäbnit, FDP* informiert, auch die FDP wird der Abschreibung zustimmen. Ihrer Meinung nach geht aus dem Bericht klar hervor, dass der ökologische Nutzen zwar vorhanden ist, aber es ist ein recht

kleiner Nutzen, der aufgrund einer Recycling-Station da ist. Das wurde auch mit einem Bring- statt mit einem Holmechanismus geprüft. Wie bereits ihre Vorrednerin und ihr Vorredner erwähnt haben, gibt es sowohl öffentliche wie auch private Möglichkeiten, den Kunststoff zu recyceln. Daher hat sich die FDP entschieden, dieser Abschreibung zuzustimmen.

*Nina Eldridge, Mitte/GLP* sieht den Sinn einer Kunststoff- und Plastiksammlung. Leider liessen sich auch nach erneutem Überprüfen der Möglichkeit einer Sammlung, scheinbar keine verbesserten ökologischen und ökonomischen Vorteile feststellen. Auch der Pilotversuch in Muttenz weist einen hohen Aufwand und nur einen kleinen Nutzen auf. Da die Sammlung und Wiederverwertung von Plastik und Kunststoff zum jetzigen Stand der Technik mit einem zu hohen Aufwand verbunden sind, möchte die Fraktion mehr Wert auf die Prävention von Abfall legen. Präventions- und Aufklärungsprojekte wie z.B. der Clean-Up-Day sollten mehr unterstützt und gefördert werden. Das Thema, wie man als Individuum den Abfall reduzieren und vorbeugen kann, sollte auch vermehrt in den Schulen angegangen werden. Die Mitte/GLP folgt dem Antrag, das Postulat abzuschreiben, doch das Thema «Abfall reduzieren und wiederverwerten» sollte die Gemeinde weiterhin angehen.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* dankt für die Voten. Sie hätte genau auf den Punkt hingewiesen, den die Postulantin bereits erwähnt hat. Man konnte heute in der Zeitung lesen, dass es eine nationale Sammlung geben soll. Über 50 Lebensmittel- und Verpackungshersteller machen dabei mit. Sie hofft, dass es einen ökologischen Mehrwert bringt, wenn so viele mitmachen. Selbstverständlich wird die Gemeinde dies –, wenn es wirklich eine gute und sinnvolle Sache ist, was es zumindest aufgrund des kurzen Artikels in der Zeitung zu sein scheint – im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen. Die Votantin glaubt, im Moment ist der eingeschlagenen Weg vermutlich der richtige.

*Einwohnerratspräsidentin Beatrice Büschlen, Grüne* hält fest, dass das Thema nun wieder in den Köpfen ist. Man konnte sich wieder einmal damit beschäftigen, was sehr wichtig ist. Die beste Prävention ist natürlich, wenn man die Nutzung von Plastik vermeidet. Damit kommt sie zur Abstimmung.

#### ABSTIMMUNG

Abschreibung: 31 JA / 3 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 10)

#### BESCHLUSS

---

://: Das Postulat wird als erledigt abgeschlossen.

---

#### Traktanden 11

111

#### **Interpellation S. Abt, SP: Auswirkung der bereits umgesetzten Steuerreform SV17 und der geplanten Vermögens- und Einkommenssteuerreformen im Kanton Baselland auf die Gemeindefinanzen**

*Einwohnerratspräsidentin Beatrice Büschlen, Grüne* informiert, der Gemeinderat habe die Fragen schriftlich beantwortet. Möchte die Interpellantin Diskussion, hat sie eine Bemerkung oder ist sie zufrieden mit den Antworten?

*Simone Abt, SP* wünscht Diskussion.

#### ABSTIMMUNG



## BESCHLUSS

---

://: 1. Diskussion wird beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG

*Simone Abt, SP* möchte dem Gemeinderat für die Beantwortung und die erhaltenen Informationen danken. Ein paar Fragen sind offengeblieben, von denen sie gerne, ein, zwei stellen würde. Die Rede ist von 1,7 Mio. Franken Mindereinnahmen, die sich aus diesen Reformen ergeben sollen. Wie sind diese einzuordnen z.B. gemessen am gesamten Steuerertrag? Ist das ein relativ stabiler Wert oder ist mit sehr grossen Schwankungen zu rechnen? Wie muss man sich das vorstellen? Und wie verteilen sich die Mindereinnahmen auf die Bevölkerung? Welche Kreise betrifft es mehr, welche betrifft es weniger?

*Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP* wird versuchen, die Fragen zu beantworten. Die Interpellantin wollte wissen, wie sich die 1,7 Mio. Franken zum gesamten Steuerertrag verhalten. Die jährlichen Mindereinnahmen werden auf 0,9 Mio. Franken kommen. Das sind 0,65 Steuerprozent. Das ist auf Seite 2 des Geschäfts erklärt. In Binningen beträgt ein Steuerprozent momentan rund 1,3 Mio. Franken. Die weitere Frage war, ob das ein stabiler Wert ist oder ob er Schwankungen unterliegen wird. Diese Frage kann sie so nicht beantworten. Das entzieht sich ihrer Kenntnis. Es gibt verschiedene Faktoren, die dies beeinflussen werden. Schlussendlich wird es auch damit zu tun haben, inwiefern die Steuerzahler weiterhin im Kanton gehalten werden können. Dafür ist die Steuerreform ja auch gedacht. Um Anreize zu schaffen, damit die Steuersituation so aufgestellt wird, dass man konkurrenzfähig ist mit den Nachbarkantonen, die zu grossen Teilen ab gewissen Vermögen viel attraktiver sind. Wir müssen damit rechnen, dass unsere Steuerzahler zum Teil abwandern oder uns schon gar nicht als Wohnort wählen. Man hat gemerkt, dass man hier dringend etwas machen muss. Damit kommt die Rednerin bereits zur Beantwortung der Frage: Wen betrifft es vor allem? Toni Lauber hat erklärt, dass die Reform v.a. ab einem Vermögen abzüglich der Freigrenze von 300 000 Franken greifen wird.

*Lewin Lempert, SP* hat eine kurze Nachfrage in Bezug auf die 300 000 Franken. Wieviel Prozent der Steuerpflichtigen in der Gemeinde Binningen betrifft dies, die ein steuerbares Vermögen von über 300 000 Franken haben?

*Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP* kann die Frage so nicht beantworten. Das müsste sie zuerst abklären. Die Antwort muss sie leider schuldig bleiben.

## BESCHLUSS

---

://: 2. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderats zur Interpellation.

---

## Traktandum 12

---

### Diversa

*Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP* erläutert, als für Sport zuständiger Gemeinderat möchte er nochmals kurz auf das ESAF am Wochenende zu sprechen kommen. Es hat sicher allen überall etwas Kribbeln entlockt und war ein irrsinnig spannendes Wochenende. Es wurden auch grosse Erfolge für den Nordwestschweizer Schwingverband erzielt. Der Nordwestschweizer Schwingverband hat noch nie so viele Kränze an einem Eidgenössischen geholt wie dieses Jahr. Die Vorgabe und das Ziel waren, fünf Kränze zu erreichen. Geschafft haben sie sieben. Die sieben Kränze muss man noch viel mehr gewichten, wenn man den Vergleich zu anderen Regionen anschaut. Die sieben Kränze wurden nämlich von nur 29 Schwinger aus der Nordwestschweiz erreicht. Das sind gleich viele Kränze wie die Region Inner- schweiz, die mit 86 Schwinger angetreten ist. Einfach, damit man einmal die Grössenordnung und die Verhältnisse sieht, was dies für eine Leistung ist.

Mit dem Schwinger Odermatt im dritten Rang und Lars Voggensperger im neunten Rang haben zu diesem Glanzresultat zwei Schwinger des Schwingclubs Binningen ihren Anteil geleistet. Das ist ein Riesenerfolg für diesen kleinen Schwingclub Binningen. Man kann nur hoffen, dass es nun eine Grundlage ist. Denn die beiden sind erst 21 Jahre alt. Bis sie das Alter von Stucki erreicht haben, haben sie wahrscheinlich noch die eine oder andere Chance, auch noch zum Schwingerkönig erkoren zu werden. Der zuständige Gemeinderat möchte noch erwähnen, dass für den Schwingclub Binningen im Jahr 1977 im Stadion St. Jakob in Basel das letzte Mal ein Kranz an einem Eidgenössischen gewonnen wurde. Das ist immerhin 45 Jahre her. Also nochmals Chapeau für die Leistung, die am Wochenende erfolgt ist.

*Einwohnerratspräsidentin Beatrice Büschlen, Grüne* schliesst sich den Gratulationswünschen an. Sie dankt den Ratsmitgliedern für das speditive Mitmachen. Es ist nun eine Minute nach 22 Uhr und war damit fast eine Punktlandung. Sie schliesst die Sitzung und wünscht allen einen schönen Abend.

ER-Sitzung vom 29. August 2022

			Gesch. Nr. 125	Gesch. Nr. 127	Gesch. Nr. 118/XII	Gesch. Nr. 101	Gesch. Nr. 106	Gesch. Nr. 100	Gesch. Nr. 57	Gesch. Nr. 111	
			2	3	4	5	6	7	9	10	11
Nr.	Name	Fraktion	Änderung der Traktandenliste	Genehmigung «Teilzonenplan Zentrum», Teilgebiet Weihermatten	Beschluss Mutation «Narzissenweg»	Abschreibung Postulat	Überweisung Postulat	Überweisung Motion	Diskussion	Abschreibung Postulat	Diskussion
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Büschen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Enthaltung	Nein	Ja
3	Glaser K.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Enthaltung	Nein	Ja
4	Glaser P.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
5	Glaser S.	Grüne	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja
6	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja
7	Hauri U.	Grüne	Ja	Not voted	Ja	Nein	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja
8	Schwarb	Grüne	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja
9	Sutter Rehmann	Grüne	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
10	Abt	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
11	Benthous	SP	Nein	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
12	Bräunlich	SP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
13	Büchelin	SP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
14	Lempert	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
15	Müller	SP	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
16	Schellenberg	SP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
17	Strebel	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
18	Strondl	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
19	Alt	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
20	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
21	Eldridge	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
22	Hafner	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
23	Frauchiger	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
24	Fünfschilling	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Häfele	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
26	Inäbnit C.	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Inäbnit S.	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Schinz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
31	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
33	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Blaser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
35	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
36	Oberli	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
37	Schmid Fabini	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja

**TOTAL**

Ja	21	35	36	24	36	16	26	31	34
Nein	11	0	0	8	0	19	4	3	1
Enthaltungen	4	0	0	4	0	0	5	1	0
	<b>36</b>	<b>35</b>	<b>36</b>	<b>36</b>	<b>36</b>	<b>35</b>	<b>35</b>	<b>35</b>	<b>35</b>